

# **Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)**

**am 22./23. Mai 2014 in Mainz**

## **TOP 4.3: Auswirkungen des demografischen Wandels auf familienpolitische Fragestellungen und daraus erwachsende Handlungsbedarfe**

### **Beschluss:**

1. Die Jugend- und Familienministerkonferenz begrüßt die Bereitschaft der Bundesregierung Länder und Kommunale Spitzenverbände einzubinden bei der Entwicklung einer familienpolitischen Gesamtstrategie, die sich an der gegenwärtigen Wirklichkeit von Familien orientiert und Rahmenbedingungen fördert, die ein gelingendes Familienleben für alle Familien ermöglichen. Die Ergebnisse des 7. und 8. Familienberichts, die Ergebnisse des ersten Gleichstellungsberichts, des 14. Kinder- und Jugendhilfeberichts sowie der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen sollen einfließen. Bei der Entwicklung dieser Gesamtstrategie sollen Schwerpunkte auf die folgenden Aspekte gelegt werden:

- Anerkennung von Familienleben in ihrer gesamten Vielfalt
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Pflege/Ausbildung
- Vermeidung von Armut, besonders von Kindern / Finanzielle Entlastung und wirtschaftliche Stabilisierung von Familien
- Möglichkeiten einer kommunalen Familienzeitpolitik
- Herstellung von Chancengerechtigkeit vor allem für Kinder
- Ausbau der Gleichstellung von Mann und Frau
- Stärkung der Väterrolle
- Ausbau des Unterstützungsnetzes für Familien mit Migrationshintergrund

2. Die Jugend- und Familienministerkonferenz verweist in diesem Zusammenhang auf den von ihr in der Sitzung vom 31. Mai/1. Juni 2012 in Hannover gefassten Beschluss zu einer nachhaltigen Familienpolitik und bittet, die in dem Beschluss getroffenen Zielsetzungen und Handlungsansätze ebenfalls in die Entwicklung einer Gesamtstrategie einzubeziehen.
3. Die Jugend- und Familienministerkonferenz fordert die Bundesregierung gleichzeitig auf, bestehende oder geplante familienpolitische Projekte und Maßnahmen des Bundes, die in die Länder wirken, zukünftig besser mit denen der Länder abzustimmen. Das gilt beispielsweise für die Mehrgenerationenhäuser, die Lokalen Bündnisse für Familie oder Projekte einer kommunalen Familienzeitpolitik.
4. Die Jugend- und Familienministerkonferenz ist der Überzeugung, dass der Zusammenhalt zwischen den Generationen, die gegenseitige Fürsorge und Hilfe innerhalb der Familie die Basis für ein funktionierendes Gemeinwesen sind. Die Jugend- und Familienministerkonferenz bittet die Kommunalen Spitzenverbände, darauf hin zu wirken, dass diese Unterstützungsleistungen durch die Förderung einer guten und nachhaltigen kommunalen Infrastruktur für Familien gestärkt und Familienpolitik stärker als bisher als Querschnittsaufgabe verstanden wird. Vor Ort sollte im Rahmen zur Verfügung stehender Möglichkeiten auf eine gute Vernetzung aller familienpolitischen Akteure und der Kommune hingewirkt werden.